

## Niederschrift über die 17. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 17.11.2022, 18:00 Uhr, Großer Sitzungssaal, Rathaus, Markt 8, 48653 Coesfeld

### Anwesenheitsverzeichnis

Bemerkung

<b>Vorsitz</b>		
Frau Eliza Diekmann	Bürgermeisterin	
<b>stimmberechtigte Mitglieder</b>		
Frau Sarah Albertz	Bündnis 90/ Die Grünen	
Herr Dennis Bachmann	CDU	
Herr Sami Bouhari	SPD	
Herr Robert Böyer	Pro Coesfeld	
Herr Thomas Bücking	CDU	
Herr Michael Clemens Heinrich Fabry	FDP	
Herr Tobias Musholt	CDU	
Herr Ralf Nielsen	SPD	
Herr Erich Prinz	Bündnis 90/ Die Grünen	
Herr Peter Sokol	Aktiv für Coesfeld	
Herr Marcel Stratmann	FAMILIE	
Herr Gerrit Tranel	CDU	
Herr Heinrich Volmer	Pro Coesfeld	
Herr Holger Weiling	CDU	
<b>Verwaltung</b>		
Herr Thomas Backes	I. Beigeordneter	
Herr Christoph Thies	Beigeordneter	
Frau Christin Mittmann		
Herr Klaus Volmer	FBL 10	
Frau Marie Bongers	FB 10	

Schrifführung: Frau Marie Bongers

Frau Eliza Diekmann eröffnet um 18:00 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit der Versammlung fest.

Die Sitzung endet um 18:48 Uhr.

## **Tagesordnung**

### **Öffentliche Sitzung**

- 1 Mitteilungen der Bürgermeisterin
- 2 Haushalt 2023: Budgets 01, 10, 20 und 30  
Vorlage: 314/2022
- 3 Auswirkungen einer möglichen Erhöhung der Grundsteuerhebesätze A und B  
Vorlage: 315/2022
- 4 Bericht der Verwaltung über die Unterbringung von Geflüchteten
- 5 Anfragen

### **Nicht öffentliche Sitzung**

- 1 Mitteilungen der Bürgermeisterin
- 2 Anfragen

## Erledigung der Tagesordnung

### Öffentliche Sitzung

TOP 1	Mitteilungen der Bürgermeisterin
-------	----------------------------------

Es liegen keine Mitteilungen im öffentlichen Teil an.

TOP 2	Haushalt 2023: Budgets 01, 10, 20 und 30 Vorlage: 314/2022
-------	---

Herr Nielsen erläutert, dass durch Behandlung und Beratung der entsprechenden Anträge noch immer Einsparungen möglich seien.

Frau Bürgermeisterin Diekmann erörtert die Möglichkeit, unter diesem Tagesordnungspunkt zu den Budgets ins Gespräch zu kommen.

#### Beschlussvorschlag:

Es wird beschlossen, den Budgets 01 (Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing), 10 (Zentrale Dienste und Bürgerservice), 20 (Finanzen und Controlling) und 30 (Ordnung und Recht) zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	1	0	14

TOP 3	Auswirkungen einer möglichen Erhöhung der Grundsteuerhebesätze A und B Vorlage: 315/2022
-------	---

Herr Fabry macht deutlich, dass die FDP-Fraktion zustimmen werde; auch wenn dies eher untypisch für die Fraktion sei.

Her Prinz sagt, dass die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen dem Beschlussvorschlag 1 zustimmen und sich bei dem Beschlussvorschlag 2 enthalten werde. Die Fraktion wolle eine höchstmögliche Schlüsselzuweisung. Der genannten moderaten Erhöhung könne man zustimmen.

Herr Tranel erläutert, dass die CDU die Erhöhung der Grundsteuer A ablehnen werde. Auch wenn es sich hier um eine geringe Summe handele; es sei hier als deutliches Signal zu werten. Für die CDU sei eine Steuererhöhung die Ultima Ratio. Dem Beschlussvorschlag 2 könne die Fraktion zustimmen.

Herr Volmer fragt, wo die Stadt Coesfeld mit den Hebesätzen im Vergleich liege. Zu dem Beschlussvorschlag 1 herrsche noch kein Konsens innerhalb der Fraktion pro Coesfeld. Er weist zudem darauf hin, dass, die Steuerbescheide des Finanzamtes betrachtet, die Kosten für die Bürger:innen steigen werden. Er sehe noch keinen Handlungsbedarf.

Herr Sokol sagt, dass sich die Fraktion Aktiv für Coesfeld zunächst enthalten werde.

Herr Prinz erläutert, warum er und seine Fraktion sich beim Beschlussvorschlag 2 enthalten wollen. Herr Prinz sagt, dass die Fraktion wolle, dass Diskussionen zu diesem Thema zugelassen würden. Seine Fraktion wisse um die Problematik, dass in naher Zukunft die Haushaltssicherung eintreten könnte. Der städtische Haushalt hätte durch die Erhöhung die Möglichkeit zur leichten Verbesserung. Er macht deutlich, dass sich die Fraktion nicht verbiete, über solch eine Erhöhung nachzudenken. Aus diesem Grund enthalte sich die Fraktion zunächst.

Herr Tranel betont erneut, dass eine Steuererhöhung die Ultima Ratio sein müsse, die sehr gut überlegt sein müsse. Er sagt, dass man untersuchen müsse, welche Möglichkeiten es noch gebe, um den Haushalt zu konsolidieren.

Herr Böyer macht deutlich, dass es besonders zu dieser Zeit sehr schwierig und kritisch sei, die Grundsteuern zu erhöhen. Dass der Grundsteuer-B-Satz gehalten würde, stünde gar nicht zur Debatte. Herr Böyer bittet die Verwaltung sowie die anderen Ratsmitglieder darum, auch an den bezahlbaren Wohnraum zu denken. Er appelliert, dass man an die Personen denken müsse, die die Kosten bezahlen sollen. Er sagt, dass die Bürgerinnen und Bürger aktuell genug belastet seien.

Herr Nielsen weist darauf hin, dass der Haushalt noch nicht beschlossen sei und sich die Einnahmen und Ausgaben in der Waage halten müssten. Er stellt dar, dass der Rat gemeinsam mit der Verwaltung jede Menge Ausgaben (für Projekte) beschlossen habe; bis 2026 würden sehr viele Schulden gemacht. Es sei laut ihm kein Tabu-Thema darüber nachzudenken, die Steuern zu erhöhen. Schließlich bekämen die Bürgerinnen und Bürger auch jede Menge (Gegen-) Leistungen für ihre Steuerzahlungen. Man müsse sich in Beratungen offen gegenüber Möglichkeiten zeigen, die Einsparungen mit sich bringen würden. Er und die SPD-Fraktion würden heute noch nicht entscheiden wollen. Eine Erhöhung sei für die Fraktion jedoch nicht ausgeschlossen.

Herr Musholt sagt, dass man hier deutlich abwägen müsse: entweder man generiere durch die Erhöhung 10.000€ für den Haushalt oder man mache die Reputation der Stadt kaputt. Er ergänzt, dass er erwartet habe, dass sich die Verwaltung mehr Gedanken über mögliche Einsparmaßnahmen mache. Er persönlich werde die Erhöhung ablehnen, da er einen Imageschaden nicht riskieren wolle.

Frau Bürgermeisterin Diekmann erläutert, dass für die Verwaltung besonders die Grundsteuer A ein Thema sei. Die Verwaltung habe die Verpflichtung sich adäquat aufzustellen. Frau Diekmann ergänzt, dass die Verwaltung mit den Einnahmen von 10.000 € nicht die Ambition verfolge, den städtischen Haushalt zu retten. Jedoch, so Bürgermeisterin Diekmann, wolle man auch nicht bewusst auf Geld verzichten. Sie erläutert weiter, dass auch in den Folgejahren die Grundsteuerhebesätze ins Gespräch gebracht werden müssen. Genauso müssten auf allen möglichen Ebenen Anpassungen vorgenommen werden. Frau Diekmann betont, dass alle Projekte, die aktuell und in Zukunft umgesetzt würden, von Steuergeldern bezahlt würden. Zudem erläutert sie, dass auch für sie Steuererhöhungen nicht ohne Grund und als letzte Möglichkeit erfolgen sollten.

Herr Bachmann sagt, dass der Haushaltsentwurf ein Zahlenwerk sei; genauso diese Vorlage. Er sieht den Zeitpunkt für eine Steuererhöhung momentan als nicht richtig an. Zunächst müsse die Verwaltung schauen, an welchen Stellen im Hause Gelder eingespart werden können; danach könne man über mögliche Steuererhöhungen sprechen

Frau Bürgermeisterin Diekmann erläutert, dass hier die Differenzierung zwischen den Grundsteuern A und B wichtig seien. Grundsteuer B sei hier nicht ins Gespräch gebracht worden. Es gehe hier nur um die Grundsteuer A um auch formal den richtigen Weg zu gehen und den

Anforderungen der Aufsichtsbehörde gerecht zu werden. Eine Anhebung der Grundsteuer A sei nicht mit einer Anhebung der Grundsteuer B zu vergleichen.

Herr Musholt äußert sein Entsetzen darüber, dass der einzige Vorschlag der Verwaltung zur Eindämmung des defizitären Haushalts die vorliegende Vorlage sei. Er erwarte von der Verwaltung, dass diese bessere Vorarbeit leiste.

Frau Bürgermeisterin Diekmann entgegnet, dass auch die Politik konstant beteiligt war und wurde.

Herr Nielsen ergänzt, dass der Haupt- und Finanzausschuss nicht umsonst diesen Namen trage. Auch die Politik hatte ein Jahr Zeit um mit Anträgen oder auf andere Art und Weise Vorschläge zu machen. Er könne sich nicht erinnern, dass dies geschehen sei.

Herr Böyer sagt, dass es nicht sein könne, dass sich die Stadt einige Projekte leiste – wie bspw. die Sanierung des Heimathauses für 1,2 Mio. Euro und die Bürgerinnen und Bürger dafür aufkommen müssten.

Herr Musholt weist auf die Gemeindeordnung hin. Diese sehe vor, dass die Verwaltung Vorlagen erarbeite, über welche die Politik beschließt. Die Verwaltung habe hier nicht gearbeitet.

Herr Prinz äußert sein Entsetzen über die Äußerungen von Herrn Musholt. Gemeinsam haben Politik und Verwaltung viel erarbeitet. Aktuell sei es ein Prozess der statfinde und jede Fraktion mache sich auf den Weg Einsparmöglichkeiten zur eruieren. Herr Prinz ergänzt, dass ihm selbstverständlich bewusst sei, dass 10.000 € den Haushalt nicht retten könnten.

Frau Bürgermeisterin Diekmann bittet um Abstimmung über die Beschlussvorschläge.

### **Beschlussvorschlag 1:**

Es wird beschlossen, den Hebesatz für die Grundsteuer A ab dem 01.01.2023 auf 260 %-Punkte zu erhöhen, um weitere Verluste bei den Schlüsselzuweisungen möglichst zu vermeiden. Um die Steuerbescheide rechtzeitig erstellen zu können, wird dem Haupt- und Finanzausschuss in der Sitzung am 15.12.2022 eine Vorlage inklusive Hebesatzsatzung zur Vorberatung und Weiterleitung an den Rat vorgelegt.

### **Beschlussvorschlag 2:**

Es wird beschlossen den aktuellen Hebesatz der Grundsteuer B von 550 %-Punkten zunächst beizubehalten.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	<b>Ja</b>	<b>Nein</b>	<b>Enthaltungen</b>
Beschlussvorschlag 1	4	5	6
Beschlussvorschlag 2	9	0	6

TOP 4 Bericht der Verwaltung über die Unterbringung von Geflüchteten
--

Herr Beigeordneter Thies erläutert, dass bei der Bürgerversammlung, die für die Bürger:innen bezüglich des Containerstandortes Haugen Kamp stattgefunden habe, ca. 90 Personen anwesend waren. Er gibt weitere Informationen anhand einer Powerpointpräsentation, welche dem Protokoll als Anlage beigefügt ist. Er weist zudem darauf hin, dass die Hilfsbereitschaft aus der Bürgerschaft, der DJK und des DRK deutlich spürbar gewesen sei.

Herr Nielsen bedankt sich dafür, dass Herr Thies die Hilfsbereitschaft der Bevölkerung erwähnt; denn ansonsten, so Herr Nielsen, würde die Bevölkerung in ein falsches Licht gerückt.

Herr Bouhari erkundigt sich, ob es seitens der Bezirksregierung Hinweise dazu gebe, dass die Mittel für die Flüchtlingsberatung aufgestockt würden. Er erläutert, dass durch die steigenden Zuweisungen, keine adäquate Betreuung mehr möglich sei.

Herr Beigeordneter Thies sagt, dass ihm darüber nichts bekannt sei.

Frau Albertz erkundigt sich, welche Inneneinrichtungsgegenstände zusammen mit den Containern geliefert würden und welche Gegenstände über Spenden akquiriert werden müssten.

Herr Beigeordneter Thies erläutert, dass die Einrichtung Betten, Matratzen und Spinde etc. umfasse.

Herr Bouhari fragt, ob eine Beratung der Geflüchteten vor Ort gewährleistet sei und ob es dort einen Besprechungs- oder Büroraum gebe, in dem solch eine Beratung untergebracht werden könne.

Herr Beigeordneter Thies erläutert, dass zunächst nur die reine Unterbringung vorgesehen sei. Es habe Gespräche mit dem DRK gegeben. Das DRK wird regelmäßig vor Ort sein. Ob vor Ort auch Sprechstunden angeboten werden, müsse noch besprochen werden.

Frau Albertz erläutert, dass an sie herangetragen wurde, dass jemand sein Haus zur privaten Unterbringung von Geflüchteten angeboten habe, jedoch bis heute keine Antwort erhalten habe. Sie fragt, ob es diesbezüglich Kriterien gebe, ob privater Raum geeignet sei und wann in der Regel Rückmeldungen erteilt würden.

Herr Beigeordneter Thies macht deutlich, dass jede:r eine Antwort bekommen sollte, egal welches Ergebnis die Prüfung hervorgebracht habe. Die Verwaltung schaue sich jeden Wohnraum an und prüfe entsprechend. Er bittet darum, dass Frau Albertz ihm einmal die Kontaktdaten des Bürgers/ der Bürgerin durchgibt; er werde dann eine entsprechende Rückmeldung geben. Er weist zudem darauf hin, dass es aufgrund des Arbeitsumfanges aktuell teilweise zu Verzögerungen komme.

Herr Stadtbaurat Backes erläutert, dass die Verwaltung Listen mit den entsprechenden Angeboten und Anfragen führe. Hier sei zudem immer der Bearbeitungsstand notiert. Die Verwaltung müsse jedoch feststellen, dass die Kolleg:innen aktuell an ihre Kapazitätsgrenzen kämen. Ein Kollege kümmere sich ausschließlich nur noch um die Sichtung und Herrichtung der Objekte, zudem seien zwei weitere Kolleginnen involviert, die sich zu 60 und 80 Prozent ihrer Arbeitszeit um die Angelegenheiten rund um die Unterbringung, Anmietung und Antragbearbeitung kümmern

Herr Böyer erkundigt sich, ob die Verwaltung noch in weiteren Gesprächen sei, um weitere Container zu bekommen. Schließlich werde der Zustrom nicht weniger.

Herr Beigeordneter Thies verneint dies. Er erklärt jedoch auch, dass die Verwaltung weiterhin dabei sei Wohnungen oder (größere) Unterbringungsmöglichkeiten zu akquirieren.

TOP 5    Anfragen

Es liegen keine Anfragen im öffentlichen Teil der Sitzung an.

gez. Eliza Diekmann  
Bürgermeisterin

gez. Marie Bongers  
Schriftführerin